

MSA-Prüfungen „ausgesetzt“

Bildungssenatorin **Sandra Scheeres** (SPD) hat sich gestern mit Vertretern der Schulleitungen und des Vereins für berufliche Bildung getroffen. Die Eltern- und Schülervvertretungen waren zu dem Gespräch offenbar nicht eingeladen worden. In dem Gespräch sollten die Pläne der Senatsverwaltung zu den MSA-Prüfungen vorgestellt werden. Es ging also nicht um eine Diskussion, sondern um eine Mitteilung.

In einer Pressemitteilung nach dem Treffen wurde zuerst dargestellt, worum es geht. „Um den Mittleren Schulabschluss (MSA) zu erlangen, sind in Berlin gemäß Schulgesetz zwei Komponenten ausschlaggebend: Einerseits die schulischen Noten in der 10. Jahrgangsstufe an Gymnasien, Integrierten Sekundarschulen und Gemeinschaftsschulen sowie im Bildungsgang Integrierte Berufsausbildungsvorbereitung (IBA) der beruflichen Schulen. Andererseits müssen drei zentrale schriftliche MSA-Prüfungen (samt einer mündlichen Prüfung) und eine Präsentationsprüfung absolviert werden. **Senatorin Scheeres teilte in der Runde mit, dass die drei schriftlichen MSA-Prüfungen (samt der mündlichen Prüfung) in diesem Jahr aufgrund der besonders angespannten Situation an den Schulen ausgesetzt werden sollen.** Die noch ausstehenden MSA-Präsentationsprüfungen hingegen finden statt. Somit erhalten diese Schülerinnen und Schüler auch ein eigenes MSA-Prüfungszeugnis und auch die 1300 IBA-Schülerinnen und Schüler ein eigenes Zertifikat. Dieser Weg stieß in der Runde auf allgemeine Zustimmung.“ Übersetzt heißt „ausgesetzt“ wohl abgesagt, die Prüfungen finden also nicht statt. Unter „ausgesetzt“ hätte man ja auch verstehen können, dass sie nachgeholt werden müssen, was unrealistisch ist, da das Schuljahr in Kürze endet.

Frau Scheeres betonte: „Wir haben noch einmal alle Argumente abgewogen: Ohne die schriftlichen MSA-Prüfungen können wir in den kommenden Wochen mehr Unterricht anbieten, gerade auch für sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler. Weil Korrekturarbeiten entfallen, können sich die Lehrkräfte an anderen wichtigen Aufgaben zuwenden und Schülerinnen und Schüler noch besser fördern.“ Die MSA-Prüfungen werden für sozial benachteiligte Schüler geopfert, während die Abiturprüfungen „auf jeden Fall“ stattfinden. Denn die schulische Elite braucht natürlich das Abi, um „die allgemeine Anerkennung der Berliner Hochschulreife sicherzustellen.“

„Die ersten umfangreichen Abiturprüfungen im Fach Biologie an diesem Mittwoch hätten gezeigt, dass diese Prüfungen sicher und ordnungsgemäß durchgeführt werden können. Auch die Krankmeldungen von Prüflingen hätten sich auf dem Niveau der

Vorjahre bewegt. Gleichwohl seien diese zentralen Prüfungen nur unter großem organisatorischem Aufwand erfolgreich durchzuführen.“, so die Senatorin.

Und so begrüßt **Ralf Treptow**, Vorsitzender der Vereinigung der Oberstudiendirektoren und Leiter des Rosa-Luxemburg-Gymnasiums in Pankow, „dass im Schuljahr 2019/20 auch für die Berliner Gymnasialisten der MSA auf der Grundlage der Jahrgangsnoten entschieden wird. Das ist eine richtungsweisende, eine kluge und eine notwendige Entscheidung in schwierigen Zeiten.“ Unter dem Strich also: Abi First.

Dem schließen sich die Vorsitzenden der Integrierten Sekundarschulen (ISS) **Miriam Pech** und **Sven Zimmerschied** an: „Die von der Senatorin vorgeschlagenen Änderungen bei der Durchführung der MSA-Prüfung werden von der Vereinigung der Berliner ISS-Schulleiter*innen in vollem Umfang unterstützt. Die Aussetzung der schriftlichen Prüfungen in diesem Schuljahr ist in der jetzigen Situation absolut angemessen und ermöglicht, dass keine Schülerin und kein Schüler durch die Prüfungen benachteiligt wird. Aus Sicht der Gemeinschafts- und Sekundarschulen ist das ein notwendiges Signal, dass auch in ungewöhnlichen Zeiten unsere demokratischen Strukturen uns gemeinsam vernünftige Lösungen finden lassen.“ Dann ist ja alles in Ordnung. Schließlich müssen Prioritäten gesetzt werden, „angesichts der knappen personellen Ressourcen.“

Die Grundschulen saßen offenbar nicht am Verhandlungstisch. Kein Wort zu der Problematik, dass es die Fünftklässler nötiger hätten, wieder in die Schule zu gehen als die Sechstklässler.

Aber, die **Notbetreuung**, „nicht nur in Kitas, sondern auch in der Primarstufe der Schulen wird stark erweitert. Die Liste derer, die inzwischen zu den relevanten Berufsgruppen gehören, wird immer länger. Kinder aus problematischen und ggf. gewaltbereiten Familien finden keine besondere Erwähnung. Aus bezirklichen Jugendämtern und aus Kita-Eigenbetrieben hören wir jedoch, dass man dort gerade diese Kinder im Fokus hat, was beruhigend ist, aber auch öffentlich kommuniziert werden könnte. Für die „sozial ohnehin benachteiligten Schülerinnen und Schüler“ werden in der „aktuellen Situation besondere Hilfen“ angeboten. „Das bundesweit beachtete Programm LernBrücken bietet dieser Gruppe individuell passend zusätzliche Förderung an. Zudem stehen leihweise in einem ersten Schritt 9500 mobile digitale Endgeräte zur Verfügung.“

Kita und Schule sind komplexe Bereiche, mehr als nur Gedöns. Es ist sicherlich nicht leicht, allen gerecht zu werden. Es ist aber nun mal Aufgabe der Senatsverwaltung und der zwölf Bezirke, die Probleme zu lösen.

Ed Koch